

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Muhsal (AfD)

und

Antwort

des Thüringer Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport

Muslimischer Antisemitismus an Thüringer Schulen

Die **Kleine Anfrage 2369** vom 29. Juni 2017 hat folgenden Wortlaut:

Der Vorsitzende der Jüdischen Landesgemeinde Thüringen äußert sich in der Tageszeitung Thüringer Allgemeine vom 24. Juni 2017 unter anderem zu muslimischem Antisemitismus an Thüringer Schulen. Konkret heißt es in dem betreffenden Artikel mit dem Titel "Unsere Leute haben Angst", dass es in Thüringen Kinder gebe, die wegen des muslimischen Antisemitismus Probleme in der Schule haben. Weiter führt der Vorsitzende der Jüdischen Landesgemeinde aus, dass die "jüdischen Kinder direkt oder indirekt mit verantwortlich für israelische Politik gemacht" werden. Er berichtet von zwei Vorfällen, bei denen er sich sogar persönlich eingeschaltet habe. Seine Ausführungen schließt der Vorsitzende der Jüdischen Landesgemeinde mit der Feststellung, dass es so etwas noch vor wenigen Jahren nicht gegeben habe.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung zu muslimischem Antisemitismus an Thüringer Schulen vor?
2. Welche Vorfälle an Thüringer Schulen sind der Landesregierung in diesem Zusammenhang seit dem Jahr 2005 bekannt geworden (bitte einzeln und nach Jahresscheiben getrennt auflisten)?
3. In wie vielen Fällen kam es aufgrund des muslimischen Antisemitismus seit dem Jahr 2005 zu strafbaren Handlungen (bitte einzeln und nach Jahresscheiben getrennt auflisten)?
4. Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung, um gegen muslimischen Antisemitismus vorzugehen (bitte Veranstaltungen, Publikationen et cetera getrennt nach Jahresscheiben seit dem Jahr 2005 auflisten)?

Das **Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 8. August 2017 wie folgt beantwortet:

Zu 1., 2. und 3.:

Im Freistaat Thüringen wurden in den Jahren 2005 bis einschließlich des 1. Halbjahres 2017 insgesamt sechs antisemitische Straftaten bekannt, die mit islamistischen Parolen verbunden waren.

| Straftat | 2008 | 2014 | 2016 |
|---|------|------|------|
| Störung des öffentlichen Friedens durch Androhung von Straftaten §126 Strafgesetzbuch (StGB) | 0 | 1 | 0 |
| Volksverhetzung § 130 StGB | 1 | 0 | 4 |

Zu 4.:

Das Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit hat die Aufgabe, sich mit gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und damit auch mit dem Antisemitismus auseinanderzusetzen. Dazu gibt es seit vielen Jahren eine intensive Zusammenarbeit mit der Zentralwohlfahrtsstelle (ZWST) der Juden in Deutschland, die in Thüringen verschiedene Projekte zur Bekämpfung des Antisemitismus durchgeführt hat und weiterhin durchführt. Diese Projekte stehen Lehrerinnen und Lehrern offen. Im Rahmen dieser Projekte kooperiert die ZWST intensiv mit dem Thüringer Institut für Lehrerfortbildung, Lehrplanentwicklung und Medien, hat zahlreiche Fachtagungen durchgeführt und Publikationen hervorgebracht, die sich in erster Linie an Lehrerinnen und Lehrer richten. Außerdem besteht im Rahmen des Landesprogramms die Möglichkeit für Lehrerinnen und Lehrer, sich zum Thema Antisemitismus fortzubilden.

Bei den Maßnahmen gegen Antisemitismus wird nicht nach Herkunft oder Hintergrund der Antisemiten unterschieden.

In Vertretung

Ohler
Staatssekretärin